

Dienstag 24. März 2015

Nummer 663

Der Newsletter als PDF

Die Stiftung auf



und



App der Robert Schuman Stiftung download über [Appstore](#) und [Google Play](#)

Mit welcher Politik muss Europa Russland begegnen?

Autor : Robin Niblett



Als Russland im März 2014 die Krim annektierte und die separatistischen Gruppen im Osten der Ukraine maßgeblich unterstützte, löste dies eine heftige diplomatische und wirtschaftliche Gegenreaktion seitens der Europäischen Union aus. Die Antwort fiel so stark aus, dass die Beziehungen zwischen Russland und Europa heute so angespannt sind, wie sie es seit dem Kalten Krieg noch nie waren. Robin Niblett analysiert im "Schuman-Bericht zur Lage der Union", der gerade erschienen ist, wie es mit den Beziehungen weitergehen könnte. Im besten Fall schlittern Russland und die Europäische Union an einer dauerhaften Sackgasse vorbei. Im schlimmsten Fall facht Moskau den Konflikt in der Region weiter an, die euro-russischen Beziehungen könnten sich dann schon bald gravierend verschlechtern.

Fortsetzung

Übersicht

Stiftung : Wachstum/Regulierung - Demokratie **Wahlen** : Finnland **Finanzkrise** : OECD
- Spanien - Griechenland **Europäischer Rat** : Schlussfolgerungen
Kommission : Steuern - Soziales - Griechenland **Rat der Europäischen Union** : Landwirtschaft/Fischerei **Diplomatie** : Naher Osten **EZB** : Einweihung
Deutschland : Griechenland - Technologien **Dänemark** : Grönland
Frankreich : Valls/Brüssel **Griechenland** : Gesetz **Italien** : Frankreich - UN
Polen : Verteidigung **Portugal** : Frankreich **Rumänien** : Ukraine
Großbritannien : Haushalt **Türkei** : Gas **Ukraine** : Zukunft/EU - Horizont 2020 -
Gesetz/Autonomie **Island** : Zukunft/EU **Schweiz** : Steuersystem **Europarat** : Ukraine -
Konvention **OECD** : Steuern **Eurostat** : Handel - Asyl - Inflation - Beschäftigung
Kultur : Ausstellung/Paris - Ausstellung/Rom - Kunst/Paris

[Agenda](#) | [Andere Versionen](#) | [Kontakt](#)

Stiftung :

Wachstum und Regulierung



Der Notariatsrat der Europäischen Union (CNUE) organisiert am 24. März in Brüssel zusammen mit der Robert Schuman Stiftung eine Konferenz zum Thema "Wachstum und Regulierung". Auf zwei Panels werden Diskussionen zum Thema "Nützt Regulierung dem Wachstum" und "Wie regulieren wir effizient?" stattfinden. Der Präsident der Robert Schuman Stiftung, Jean-Dominique Giuliani, wird am ersten Panel teilnehmen... [Fortsetzung](#)

"Demokratische Defizite und Unterschiede zwischen den Regierungen"



Ein runder Tisch bringt am 24. März in Brüssel Andrew Duff, den Ehrenpräsidenten der Europäischen Federalisten, Richard Young, Senior Partner am Carnegie Europe, und Julien Zalc, Consultant beim Meinungsforschungsinstitut TNS (der bereits mehrere Studien für die Robert Schuman Stiftung veröffentlicht hat) zusammen. In Zeiten, in denen sich die Europäische Union verstärkt in einer Legitimationskrise befindet, widmen sich die

Diskutanten ganz besonders dieser Frage. Auch die Meinung der Bürger zur Europa und der Eurozone wird debattiert werden. Ebenso soll erörtert werden, wie man die EU reformieren und Ungleichgewichte zwischen den Regierungen abbauen kann...

[Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Wahlen :

Parlamentswahlen in Finnland am 19. April



Am 19. April werden 4,5 Millionen Finnen die 200 Mitglieder des Parlaments (Eduskunta/Riksdag) für 4 Jahre und nach dem allgemeinen Verhältniswahlrecht im Sinne der Methode von d'Hondt in 12 Wahlbezirken neu wählen (einzig auf der Insel Åland wird eine Mehrheitsabstimmung abgehalten). In Finnland gibt es keine Wahlhürden für den Einzug ins Parlament. Die Zentrums Partei liegt nach jüngsten Umfragen des Meinungsforschungsinstituts Taloustutkimus, die im Auftrag des Fernsehsenders Yle Uutiset erhoben wurden, unangefochten an der Spitze. Als nächstes folgen die Sozialdemokraten, die auf 16,8% der Stimmen kommen könnten. Der Nationalen Sammlungspartei von Premierminister Alexander Stubb werden 16,2% vorhergesagt. Die Partei der Wahren Finnen könnten 15,4% erreichen, die Linksalianz (VAS) und die Grünen (VIHR) jeweils 8,8%, und die Partei des schwedischen Volkes (SFP) dürfte bei 4% liegen... [Fortsetzung](#)

Finanzkrise :

OECD Zwischenbericht zum Wirtschaftswachstum



Nach Angaben des letzten OECD Zwischenberichts vom 18. März hat sich das weltweite Wachstum beschleunigt. Unmittelbarer Anlass dafür seien die schwachen Ölpreise und eine Lockerung der Währungspolitik gewesen. Auf die kurze Sicht bleibt der Aufschwung aber bescheiden, angesichts unnatürlich niedriger Zinsen und Inflationsraten, die auf beträchtliche Finanzrisiken hindeuten. Insbesondere in der Eurozone dürfte die Wirtschaftsaktivität um 1,4% im Jahr 2015 und 2% im Jahr 2016 wachsen. Konkret prognostiziert die OECD Deutschland ein Wachstum von 1,7% im Jahr 2015 und 2,2% im Jahr 2016. Für Frankreich sagt sie eine Zunahme um 1,1% im Jahr 2015 und 1,7% im Jahr 2016 voraus, in Italien wird die Wirtschaft aller Voraussicht nach um 0,6% 2015 und 1,3% 2016 wachsen... [Fortsetzung](#)

Ausbildungsreform in Spanien



Die spanische Regierung hat am 20. März eine Reform der beruflichen Ausbildung verabschiedet. Diese Reform soll einen besseren Zugang zu hochqualifizierter Arbeit ermöglichen, die Transparenz stärken sowie Betrug im Umgang mit für den Bildungssektor vorgesehenen Mitteln verhindern. Mit dieser Reform wird auch ein mehrjähriges Strategieprogramm aufgesetzt, damit sich die Ausbildung stärker an den gegenwärtigen und zukünftigen Anforderungen des Arbeitsmarktes ausrichtet. Ein Ausbildungsregister wird für jeden Arbeiter angelegt, um den Verlauf seiner Ausbildung genau zu dokumentieren. Onlinekurse sowie berufliche Weiterbildungen werden ebenso gefördert, ganz besonders in kleinen und mittelständischen Unternehmen... [Fortsetzung](#)

Griechenland muss Korruption stärker bekämpfen



Die OECD Arbeitsgruppe zur Korruption hat am 20. März in einem Bericht eine Bewertung von Griechenlands Kampf gegen die Korruption ausländischer Beamter bei internationalen Wirtschaftstransaktionen vorgenommen. In dem Bericht stellt die OECD fest, dass es auf diesem Gebiet Korruption in beträchtlichem Ausmaß gibt. Die Regierung wird deshalb dazu aufgefordert ihren Kampf gegen transnationale Korruptionsdelikte in gleichem Maße zu verschärfen, wie die Korruptionsbekämpfung im Inneren. Die Arbeitsgruppe legte dafür mehrere Zielmarken vor. Es geht darum, die Unternehmen zu sensibilisieren, einen effizienteren Ablauf zur Aufdeckung solcher Praktiken zu gewährleisten und stärker in den Kampf gegen Korruption zu investieren. Der Bericht erwähnt aber auch Fortschritte Griechenlands. So habe man das Anti-Korruptionsgesetz klarer gestaltet und die Sanktionen erhöht... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Europäischer Rat :

Schlussfolgerungen des Europäischen Rates

Die 28. Staats- und Regierungschefs haben am 19. und 20. März die Pläne der Kommission für eine Energieunion bestätigt. Diskutiert wurde



auch über Maßnahmen, mit denen man für mehr Wirtschaftswachstum und Beschäftigung sorgen und die Unsicherheit an den Grenzen Europas bekämpfen will. Ebenfalls sprach man über die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP). Alle Regierungen der EU unterschützten die gemeinsame Erklärung bis zum Ende des Jahres 2015 ein ehrgeiziges, umfassendes und für beide Seiten vorteilhaftes Vertragswerk zu erreichen. In der Ukraine/Russland-Frage bleibt das ultimative Ziel eine politische Lösung in der Krise zu erreichen. Dabei soll aber die Souveränität, die territoriale Integrität und Einheit der Ukraine respektiert werden. In diesem Sinne, appellierten die Staats- und Regierungschefs nochmals eindringlich an alle Parteien das Minsker Vertragswerk schnellstmöglich und in allen Teilen umzusetzen. Mit Bezug auf Libyen forderten sie eine sofortige und bedingungslose Feuerpause sowie eine Regierung der nationalen Einheit. Die Anschläge von Tunis wurden verurteilt. Schlussendlich, stimmte man der Entscheidung zu, wonach Jeppe Tranholm-Mikkelsen der nächste Generalsekretär des Rates wird... [Fortsetzung](#)

Kommission :

Kommission präsentiert Maßnahmenpaket für mehr Steuertransparenz



Die Kommission hat am 18. März ihre Maßnahmen für mehr Steuertransparenz vorgestellt mit denen sie gegen Steuerhinterziehung und Steuervermeidung innerhalb der EU vorgehen will. Jedes Jahr entsteht den Mitgliedsstaaten durch diese Praktiken ein Schaden von mehreren Milliarden. Mit dem Vorstoß will man für mehr Gerechtigkeit unter den Steuerzahlern sorgen und gleiche Wettbewerbsbedingungen für Unternehmen schaffen. Zu diesem Zweck soll es alle drei Monate einen automatischen Austausch zwischen den Staaten über die jeweiligen Steuerbescheide geben. Die Kommission legte außerdem ein Positionspapier vor, in dem die Steuerverpflichtungen von Unternehmen vergrößert und der Strafkatalog von Steuerbetrug und Steuervermeidung ausgebaut werden. Diesbezüglich gingen zwei Gesetzesvorschläge an das europäische Parlament und den Rat. Bis zum Ende des Jahres muss man dort zu einer Einigung kommen, damit die Vorschriften zum 1. Januar 2016 in Kraft treten können... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Treffen des dreigliedrigen Sozialgipfels



Der dreigliedrige Sozialgipfel hat sich am 19. März in Brüssel getroffen. Dort kommen zwei Mal im Jahr die Sozialpartner (die europäischen Arbeitgeber und Vertreter der Arbeitnehmer), die Europäische Kommission, die Staats- und Regierungschefs zusammen, sowie die Minister für Arbeit und Soziales des Landes, das die Ratspräsidentschaft innehat. In diesem Jahr debattierte man über Beschäftigung, Wachstum und Investitionsprioritäten für Europa. Auch die Vorbereitung der nächsten Schritte im Rahmen des Europäischen Semesters für die Koordinierung der Wirtschaftspolitik, einschließlich der für April erwarteten nationalen Programme war ein Thema. Jean-Claude Juncker erinnerte daran, dass der soziale Dialog von übergeordneter Bedeutung für das Funktionieren der Wirtschaft sei. Mit ihm könne man die bestehenden Probleme ansprechen, mehr Beschäftigung schaffen, Investitionsanreize setzen und für Wachstum sorgen... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

2 Milliarden Euro für Griechenland



Die Europäische Kommission hat Griechenland "zwei Milliarden Euro für das Jahr 2015" aus nicht verwendeten Mitteln bereitgestellt, wie ihr Präsident Jean-Claude Juncker am 20. März bekannt gab. "Diese Mittel werden nicht ausreichen, um die Schieflage in der griechischen Staatskasse zu beseitigen", sagte Juncker. Aber sie könnten dazu verwendet werden, "die Anstrengungen für mehr Wachstum und sozialen Zusammenhalt zu stärken", insbesondere müsse "eine Antwort auf das drängende Problem der Jugendarbeitslosigkeit" gefunden werden. Juncker erkennt an, dass Griechenland im Moment eine "humanitäre Krise" durchleidet. Letzte Woche erklärte er dem griechischen Präsidenten Alexis Tsipras wie sein Land effizienter an Fördermitteln aus dem Europäischen Strukturfonds kommen könnte. "Wir haben eine Gruppe technischer Experten in Brüssel zusammengestellt, die den Griechen helfen sollen verfügbare Mittel abzuschöpfen". Die Task Force für Athen hätte die Aufgabe erhalten, in gutem Einvernehmen mit den griechischen Behörden zusammen zu arbeiten, so Juncker... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Rat der Europäischen Union :

Biologische Landwirtschaft, Vereinfachungen bei der GAP und im Milchsektor



Die 28 europäischen Landwirtschafts- und Fischereiminister haben sich am 16. März Fragen der biologischen Landwirtschaft und ihrer Regulierung gewidmet. Mit einem EU-weit harmonisierten Ansatz könnte nach Auffassung der Minister eine Antwort auf das Vorhandensein nicht zugelassener Stoffe in biologischen Erzeugnissen gegeben werden. In der Frage, ob zu diesem Zweck rechtlich verbindliche Grenzwerte festzulegen werden müssen, waren sie jedoch geteilter Meinung. In Bezug auf die Einfuhren waren die meisten Mitgliedstaaten dafür, schrittweise zu einer Konformitätsregelung überzugehen. Bestimmte Ausnahmeregelungen und eine angemessene Übergangsfrist sollen für eine reibungslose Anpassung sorgen. Bezüglich der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) bekräftigten die Minister ihren Willen Direktzahlen zu vereinfachen, insbesondere bei der Ökologisierung und bei Kontrollen. Die Kommission erläuterte auch die Lage auf dem Milchmarkt vor dem Hintergrund der Abschaffung des Milchquotensystems im April. Zahlreiche Mitgliedstaaten äußerten sich besorgt, dass sich starke Preisschwankungen negativ auf die Produzenten auswirken könnten... [Fortsetzung](#)

Diplomatie :

EU nominiert neuen Gesandten für den Nahen Osten



Ein neuer Gesandter für den Nahen Osten ist am 16. März nominiert worden. Es handelt sich dabei um den Italiener Fernando Gentilini, den aktuellen Direktor für Westeuropa, den westlichen Balkan und die Türkei im diplomatischen Dienst der EU. Der Posten, den Catherine Ashton mit dem Ziel das europäische Vorgehen zu zentralisieren, abgeschafft hatte, war seit Beginn des Jahres 2014 vakant. Seine Aufgabe besteht maßgeblich darin den festgefahrenen Friedensprozess zwischen Israel und Palästina wiederzubeleben. Frederica Mogherini kündigte anlässlich der israelischen Wahlen an, dass die Union "das Nahost-Quartett" wiederbeleben wolle, bestehend aus den USA, Russland, den Vereinten Nationen und der Europäischen Union... [Fortsetzung](#)

EZB :

Einweihung des neuen EZB Sitzes



Die Europäische Zentralbank (EZB) hat am 18. März ihren neuen Sitz auf dem Areal der ehemaligen Frankfurter Großmarkthalle eingeweiht. Obwohl bereits 2000 Angestellte im vergangenen Dezember die neuen Räumlichkeiten bezogen hatten, war das Gebäude noch nicht offiziell von EZB-Präsident Draghi eröffnet worden. Der von Frank Stepper entworfene neue Dienstsitz (bestehend aus zwei 185 Meter hohen Zwillingstürmen) besticht durch Transparenz, einen hohen Lichteinfluss und einen großen Kommunikationsbereich im Inneren. Er vermittelt die Botschaft eines wirtschaftlich und politisch vereinten Europas und einer prosperierenden Zukunft für seine Bürger... [Fortsetzung](#)

Deutschland :

Angela Merkel empfängt Alexis Tsipras



Der griechische Premierminister Alexis Tsipras war am 23. März zum ersten Mal seit seinem Amtsantritt zu Besuch in Deutschland. Er traf dort auf Angela Merkel. Hauptanlass ihres Gesprächs war die griechische Schuldenkrise. Die deutsche Kanzlerin beharrte darauf, dass sich Griechenland an die getroffenen Vereinbarungen halten müsse und einen Reformplan für den Ausweg aus der Krise vorlegen müsse. Sie wünsche sich ein "wirtschaftlich starkes Griechenland", so die Kanzlerin, deshalb müsse Griechenland auch gegen die Jugendarbeitslosigkeit kämpfen und den Reformvorschlägen der europäischen Institutionen folgen. Tsipras betonte erneut, dass er die Korruption im Land bekämpfen wolle und bat um deutsche Hilfe auf diesem Gebiet. Beide Staatschefs erklärten ihren Willen trotz Meinungsverschiedenheiten den Dialog aufrechterhalten zu halten und kooperieren zu wollen. Merkel betonte, dass Deutschland auch gar keine tragende Rolle spiele, sondern die eigentlichen Entscheidungen über den griechischen Reformplan in Brüssel getroffen würden. "Deutschland entscheidet nicht darüber, ob das Reformprogramm korrekt oder ausreichend ist, sondern es wird von den drei Institutionen bewertet und die finale Entscheidung trifft dann die Eurogruppe", sagte Merkel... [Fortsetzung](#)

Angela Merkel auf der CeBIT in Hannover

Die deutsche Kanzlerin Angela Merkel hat am 16. März an der Eröffnungszeremonie der CeBIT, der weltweit größten Messe für Informationstechnik in Hannover teilgenommen. Merkel stellte dort



auch die 10 Prioritäten der Digitalen Agenda vor. Zu ihnen gehören:
Ausbau des Breitbandnetzes, Entwicklung des öffentlichen Internetzugangs, Finanzierung von Start-Ups, die Vollendung des Europäischen Digitalmarktes und eine Weiterentwicklung des öffentlichen Serviceangebots im Internet... [Fortsetzung](#)

Dänemark :

Assoziierungsvertrag zwischen der Europäischen Union und Grönland



Jean-Claude Juncker hat zusammen mit Kim Kielsen und Helle Thorning-Schmidt, den Premierministern von Grönland und Dänemark am 19. März einen Assoziierungsvertrag zwischen der Europäischen Union Grönland geschlossen. Eine gemeinsame Erklärung vom 27. Juni 2006 hatte nicht die institutionellen Veränderungen berücksichtigt, die seither im Königreich Dänemark stattfanden. Der jetzige Vertrag schreibt die gemeinsamen Ziele für Grönland und die EU fest. Verstärkt zusammengearbeitet werden soll bei Fischerei, Tourismus, Kultur, natürlichen Bodenschätzen, Energie und Umwelt, sowie Forschung und Arbeitsmobilität. 3,44% des Gesamtvorkommens des Rohstoffs Seltener Erde liegt in Grönland. Dieser Anteil könnte sich aber schon bald verdoppeln, dank mehrerer Förderprojekte in Gold-, Silber-, Zink- und Olivinminen... [Fortsetzung](#)

Frankreich :

Französischer Premierminister Manuel Valls auf Besuch in Brüssel



Der französische Premierminister Manuel Valls ist am 18. März nach Brüssel gekommen, wo er sich mit der Kommission getroffen hat. Kommissionpräsident Jean-Claude Juncker und Manuel Valls tauschten ihre Sicht auf die Haushaltssituation in Frankreich, den Kampf gegen den Terrorismus und die Klimakonferenz im Dezember 2015 in Paris aus. Ebenso kamen die aktuellen geopolitischen Fragen auf den Tisch. Valls versprach Juncker, dass Frankreich seine Ziele bei der Reduzierung des Haushaltsdefizits einhalten werden und bestätigte, dass weitere Reformen folgen würden. Einzig einen möglichen wirtschaftlichen Aufschwung wolle man nicht gefährden. Juncker bilanzierte am Ende, es gebe eine große gemeinsame "Schnittmenge" zwischen Frankreich und der Kommission in Sachen Wirtschaftsstrategie... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Griechenland :

Das griechische Parlament stimmt zwei Gesetzen zur Wiederbelebung der Wirtschaft zu



Der griechische Premierminister Alexis Tsipras hat am 18. März vor dem Parlament angekündigt, seine Wahlkampfversprechen nicht ändern zu wollen. Seine Regierung habe der Europäischen Kommission getrotzt und ein Gesetz zum Kampf gegen die humanitäre Krise vorgeschlagen. Das Parlament, einschließlich der Mitte-Rechts Opposition der Nea Demokratia, stimmte den Maßnahmen der Regierung zu, die ungefähr 200 Millionen Euro kosten dürften. Am 20. März stimmte das griechische Parlament dann mit großer Mehrheit einem weiteren Gesetz mit dem Titel "Regeln zur Wiederbelebung der Wirtschaft" zu. Damit sollen die Regeln für Steuerzahler und Sozialversicherungskassen flexibler gestaltet werden, die sich auf mehrere Dutzend Milliarden Euro belaufen... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Italien :

Treffen



Laurent Fabius, der französische Außenminister und Jean-Yves Le Drian, der französische Verteidigungsminister, haben am 21. März ihre beiden italienischen Amtskollegen Paolo Gentiloni und Roberta Pinotti in Caen getroffen. Dieses Treffen im "2+2" Format erlaubte es drängende internationale Fragen anzusprechen: Etwa die Vorbereitung des Europäischen Rates am 25. und 26. Juni zur Verteidigung in Europa, die Situation in der Ukraine und in Libyen und den Kampf gegen den Terrorismus, ganz besonders im afrikanischen Raum. Über die bilaterale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Rüstung sprach man ebenso... [Fortsetzung](#)

Generalsekretär der Vereinten Nationen zu Besuch in Rom

Der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Ban Ki-moon war am 18.



März für einen Besuch in Rom. Er traf sich dort mit dem italienischen Ministerpräsidenten Matteo Renzi und dem Außenminister Paolo Gentiloni. Schließlich wurde er auch im Quirinalspalast von Präsident Sergio Mattarella empfangen. Im Zentrum der Diskussion stand die Notwendigkeit eine Lösung in der Libyenfrage zu finden. Ban Ki-moon dankte Italien auch für die Unterstützung der politischen und humanitären Anstrengungen der Vereinten Nationen in Libyen und für den italienischen Beitrag im weltweiten Kampf gegen den Terrorismus, vor allem in Syrien und im Irak...

[Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Polen :

Bronislaw Komorowski fordert Strategiewechsel der NATO wegen Russland



Anlässlich einer Sitzung des polnischen Sicherheitsrates am 18. März hat der polnische Präsident Bronislaw Komorowski darauf gedrängt die NATO Strategie für den Osten einer Revision zu unterziehen. Man müsse damit adäquat auf die neue Bedrohungslage durch Russland reagieren. Wladimir Putin habe sich das Recht herausgenommen sich in die Angelegenheiten der Nachbarstaaten nach freiem Belieben einzumischen, wenn deren Politik den russischen Interessen zuwider laufe. Bronislaw Komorowski glaubt deshalb, dass der Westen "seine Einheit und sein Verteidigungspotenzial" stärken müsse. Eine Vergrößerung der NATO stellt seiner Ansicht nach die größte Bedrohung für Russland dar. Deshalb sei es auch so wichtig, dass die NATO ihre Front gen Westen verstärke... [Fortsetzung](#)

Portugal :

Frankreich-Besuch des portugiesischen Präsidenten Anibal Cavaco Silva



Der französische Präsident François Hollande hat am 17. März den portugiesischen Präsidenten Anibal Cavaco Silva empfangen. Es ist der erste Besuch eines portugiesischen Präsidenten seit 10 Jahren. Das Treffen war größtenteils dem wirtschaftlichen Austausch zwischen den beiden Ländern gewidmet, es wurden aber auch Sicherheitsfragen, der Kampf gegen den Terrorismus, die problematische Situation in Libyen und die Weltklimakonferenz im kommenden Dezember in Paris angesprochen. Des Weiteren war der einheitliche Energiemarkt und die Strom- und Gasverbindung zwischen der iberischen Halbinsel ein Thema... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#) | [Andere Links](#)

Rumänien :

Treffen zwischen dem ukrainischen und dem rumänischen Präsidenten



Der rumänische Präsident Klaus Iohannis ist am 17. März auf offiziellem Staatsbesuch in der Ukraine gewesen, um seinen Amtskollegen Petro Poroschenko zu treffen. Beide Präsidenten beschlossen die Beziehungen zwischen den beiden Ländern auf verschiedenen Gebieten zu intensivieren, wie etwa beim Handel, der Energie sowie Verkehr und Infrastruktur. Der ukrainische Präsident dankte bei dieser Gelegenheit Rumänien für seine Unterstützung bei der Bewahrung der territorialen Integrität der Ukraine und dafür, dass es als erstes Land der EU den Assoziierungsvertrag zwischen der Ukraine und der EU ratifiziert hatte. Beide Staatschefs diskutierten des Weiteren Grenzfragen, vor allem im Hinblick auf Moldawien. Sie kündigten an ihr Vorgehen abzustimmen, um den schwelenden Konflikt in Transnistrien zu lösen. Man wolle "einem unabhängigen und souveränen Moldawien dabei helfen seine territoriale Integrität wieder zu gewinnen und die Region Transnistrien wieder einzugliedern. Schlussendlich sagte der rumänische Präsident auch seine Unterstützung zu, sich auf dem Gipfel für östliche Partnerschaft am 22. und 23. Mai in Riga für die Befreiung der Ukrainer von der Visumspflicht in Europa einzusetzen... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Großbritannien :

Großbritannien stellt Haushalt für 2015 vor



Der britische Finanzminister George Osborne hat am 18. März die Haushaltsplanungen Großbritanniens für das Jahr 2015 bekannt gegeben. Es ist der letzte Haushalt vor den Wahlen. Mit einem diesjährigen Wachstum von 2,5% im Rücken, das damit noch einmal stärker ausgefallen war, als ursprünglich erwartet, erklärte der Minister, "Großbritannien schreitet nach 5 Jahren Austerität nun mit erhobenem Haupt" voran. Die Regierung habe alle 2010 festgelegten Ziele erreicht. Der Haushalt berücksichtigt bereits eine Reduzierung der Treibstoffsteuer und geringere Abgaben auf alkoholische

Getränke. Hilfen für Investoren und neue Käufer sind ebenso wie die Einführung einer Steuer auf "indirekte Vorteile" multinationaler Unternehmen vorgesehen. Außerdem kündigte die Regierung am 17. März an, im kommenden Oktober den Mindestlohn um 3% (auf 6,70 £ oder 9,40 €) zu erhöhen, der stärkste Anstieg seit 2008... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#) | [Andere Links](#)

Türkei :

Die Türkei läutet Arbeiten an der Gaspipeline Tanap ein



Die Türkei hat offiziell mit den Arbeiten für die transanatolische Ferngasleitung Tanap begonnen. Das Projekt, dessen Kosten auf 10 Milliarden Euro geschätzt werden, wird es erlauben von 2018 an Gas von Aserbaidschan bis in die europäische Union zu transportieren. Brüssel bot seine Unterstützung für das Projekts an, weil dadurch 20% des Gasverbrauchs der EU gedeckt werden könnten. Auf diese Weise könnte sich die Abhängigkeit von russischem Gas verringern, die eine der großen Herausforderungen in der aktuellen geopolitischen Krise darstellt... [Fortsetzung](#)

Ukraine :

Besuch des ukrainischen Premierministers in Brüssel



Arsenij Jazenjuk, der ukrainische Premierminister hat am 19. März Jean-Claude Juncker in Brüssel getroffen. Insbesondere über die finanzielle Stabilisierung der Ukraine wurde dabei besprochen und darüber hinaus auch, wie man die von der europäischen Kommission beschlossene Finanzhilfe an die Ukraine konkret umsetzen könne. Jazenjuk und Juncker diskutierten des Weiteren mit welcher Politik man auf die russischen Aggressionen antworten solle. Für den ukrainischen Premierminister ist die Fortdauer der Sanktionen gegen Russland nicht verhandelbar, allein über Dauer und Ausmaß könne man reden: "Russland zeigt keinerlei Anstalten der Ukraine ihre Gebiete wieder zurückzugeben". In dieser angespannten Lage verabschiedete das ukrainische Parlament am 18. März eine Resolution, in der es die Europäische Union und die UN darum bittet "Blauhelme zu schicken, die den Minsker Vertrag umsetzen". Der ukrainische Premierminister traf sich auch mit Donald Tusk, dem Präsidenten des Europäischen Rates, sowie mit seiner polnischen Amtskollegin Ewa Kopacz... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Ukraine tritt dem Horizont 2020 Programm für Wissenschaft und Forschung bei



Die Ukraine ist am 20. März dem Programm Horizont 2020 beigetreten, um mit der Europäischen Union in Wissenschaft und Forschung zusammenzuarbeiten. Forscher, Unternehmen und Innovatoren aus der Ukraine können sich von nun an in vollem Umfang und gleichberechtigt mit den EU-Mitgliedstaaten und anderen assoziierten Staaten an dem Förderprogramm der Europäischen Union für Forschung und Innovation beteiligen. Es handelt sich dabei um die erste konkrete Anwendung des provisorischen Assoziierungsabkommens zwischen EU und Ukraine. Der für Forschung, Wissenschaft und Innovation zuständige EU Kommissar Carlos Moedas, erklärte, dass der Eintritt der Ukraine zum Horizont 2020 Programm einen Wiederaufschwung des Landes begünstige. Die EU profitiere im Gegenzug vom ukrainischen "Forschungs- und Entwicklungspotenzial"... [Fortsetzung](#)

Das ukrainische Parlament gewährt Regionen im Osten in einer Resolution mehr Unabhängigkeit



Die Rada, das ukrainische Parlament hat am 17. März eine Resolution angenommen, mit der sie den Regionen im Osten des Landes mehr Autonomie gewähren möchte. Das Dokument erlaubt es lokale Wahlen in den von den Separatisten kontrollierten Gebieten abzuhalten. Die Regionen, die von diesen Maßnahmen betroffen sind, decken sich mit der in Minsk beschlossenen Demarkationslinie. Kiew ist demnach bereit Konzessionen an die Separatisten zu machen, um im Friedensprozess voranzuschreiten. Russland und die pro-russischen Separatisten lehnten das Gesetzesprojekt aber umgehend ab. Der russische Verteidigungsminister Sergei Lawrow erklärte, das Gesetz "schreibt die Verträge von Minsk um, oder einfacher gesagt, es verletzt sie schwer". Er fügte hinzu, "Kiew versucht regulär Gewählte durch neue Personen zu ersetzen". Lawrow bezog sich dabei insbesondere auf die Anführer der selbsterklärten Republiken von Luhansk und Donezk. Letztere sagten, dass die Ukraine den Frieden ablehne und dass Kiew "den Donbass mit Gewalt und einer Wirtschaftsblockade zerstören will"... [Fortsetzung](#)

Island :

Isländersind gegen Entscheidung der Regierung EU-Beitrittsverhandlungen abubrechen



63% der isländischen Bevölkerung haben sich gegen einen Abbruch der Beitrittsverhandlungen mit der Europäischen Union ausgesprochen, das geht aus einer Umfrage hervor, welche die Tageszeitung Frettabladid am 20. März veröffentlicht hat. Die isländische Regierung hatte diesen Schritt am 12. März angekündigt, mit der Begründung, dass "den Interessen Islands besser außerhalb der Europäischen Union gedient ist". Dieser Entschluss wird aber von der Opposition als illegal erachtet, weil weder die Bevölkerung noch das Parlament gefragt wurden. Nach Umfragen lehnen 44% der Bürger den Schritt "komplett" ab, 19% "tendieren" eher zu einem Nein. Nur 15% unterstützen die Entscheidung "ohne Bedenken" und 9% würden sie tendenziell eher mittragen... [Fortsetzung](#)

Schweiz :

Vertragsabschluss zwischen EU und Schweiz zur Steuertransparenz



Die Europäische Kommission hat am 19. März ihre Verhandlungen mit der Schweiz über ein historisches Abkommen zur Steuertransparenz beendet, das einen großen Fortschritt im Kampf gegen Steuervermeidung markiert. Der Vertrag treibt die EU-Mitgliedsstaaten und die Schweiz dazu an automatisch Steuerinformationen auszutauschen und damit einer Steuerhinterziehung durch nicht-deklarierte Einkünfte zu verhindern: So erhalten die EU-Mitgliedsstaaten die Namen, Adressen, Steuernummern und Geburtsdaten ihrer Einwohner, die über ein Konto in der Schweiz verfügen... [Fortsetzung](#)

Europarat :

Neuer Aktionsplan 2015-2017 für die Ukraine



Der Generalsekretär des Europarates Thorbjørn Jagland hat am 18. März einen zusammen mit dem ukrainischen Außenminister Pawlo Klimkin einen Aktionsplan für 2015-2017 gestartet. Mit diesem Programm, das an den Aktionsplan 2011-2014 anschließt, sollen Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaat in der Ukraine gefördert werden, und damit dem Land bei geholfen werden seine durch den Beitritt zum Europarat im Jahr 1995 eingegangenen Verpflichtungen einzuhalten. Thorbjørn Jagland traf am 17. und 18. März wichtige Persönlichkeiten der ukrainischen Politik, darunter Präsident Poroschenko, Premierminister Arseni Iatseniouk, den Parlamentspräsidenten Vlodimir Groysman und den Außenminister Pawlo Klimkin... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Konvention des Europarates gegen den Handel von menschlichen Organen



Die Konvention des Europarates gegen den Handel von Organen liegt anlässlich einer internationalen Konferenz, organisiert durch den Europarat, zur Unterschrift bereit. Die Konferenz wird vom 25. bis zum 26. März in Saint-Jacques de Compostelle in Spanien stattfinden. Ihr erklärtes Ziel ist es sich über die in der Konvention benannten Herausforderungen auszutauschen und die Mitgliedsstaaten zu einer Unterschrift zu bewegen. Mehr als 200 Experten, Richter, Polizisten und Angestellte im Gesundheitssektor werden dafür erwartet. Es ist der erste Text, der sich den Organhandel bei Menschen vornimmt, obwohl es sich dabei um ein weltweit dringliches Problem handelt. Organhandel verletzt die Würde und Gesundheit von Menschen, weshalb der Europarat in ihm auch ein Verbrechen sieht... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

OECD :

Globales Forum für Transparenz und Informationsaustausch zu Steuerzwecken



Das Globale Forum für Transparenz und Informationsaustausch zu Steuerzwecken hat am 16. März neun neue Peer-Review-Berichte veröffentlicht, darunter einen Ergänzungsbericht der Phase 1 für die Schweiz. Die Berichte sind ein Beleg dafür, dass weitere Fortschritte bei der Umsetzung des internationalen Standards zum Informationsaustausch für Steuerzwecke erzielt wurden, bei dem die Länder auf Ersuchen Informationen austauschen. Die OECD begrüßte die jüngsten Schritte der Schweiz hin zu größerer Steuertransparenz, die hinreichend sind, um das Land aus der Gruppe von Steuergebieten zu entfernen, deren Bearbeitung im Peer-Review-Verfahren blockiert ist. Seit der Verabschiedung des Berichts der Phase 1 im Jahr 2011 hat die Schweiz ein neues Gesetz für internationale Amtshilfe eingeführt, das ausdrücklich auf alle Informationsaustausch-Mechanismen anwendbar ist. Mit

Unterzeichnung neuer bilateralen Abkommen sowie des Übereinkommens über die gegenseitige Amtshilfe in Steuersachen hat die Schweiz überdies den Bestand ihrer internationalen Verträge aktualisiert. Die Schweiz unterhält derzeit Mechanismen für den Informationsaustausch mit 127 Steuerhoheitsgebieten. Sie ist damit zum Eintritt in die Phase 2 der Prüfung berechtigt, die in der zweiten Jahreshälfte 2015 eingeleitet wird... [Fortsetzung](#)

Eurostat :

7,9 Milliarden Euro Handelsüberschuss



Die Eurozone hat für den Januar 2015 einen Überschuss im Warenverkehr von 7,9 Milliarden Euro mit dem Rest der Welt registriert, in der gesamten EU stellte man dagegen ein Defizit von 10,6 Milliarden Euro fest. Verglichen mit dem Vorjahr ging der Handel innerhalb der EU im Januar 2015 um 5% zurück. Die Länder mit der stärksten Handelsbilanz sind Deutschland (+16,1 Milliarden), weit danach gefolgt von den Niederlanden (+4,8 Milliarden) und Irland (+3,3 Milliarden). Am schwächsten schnitten Großbritannien (-13,4 Milliarden) und Frankreich (-5,8 Milliarden) ab. Nach Schätzungen von Eurostat betrug der im Januar 2015 verzeichnete, saisonbereinigte Leistungsbilanzüberschuss der EU 15,8 Milliarden Euro gegenüber einem Überschuss von 13,1 Milliarden im Dezember 2014 und einem Überschuss von 6,4 Milliarden im Januar 2014... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Mit 625000 Anträgen neuer Rekord bei Asylgesuchen in Europa im Jahr 2014



Im Jahr 2014 ist die Zahl der registrierten Asylbewerber in der Europäischen Union auf einen Spitzenwert von 626000 gestiegen. Insbesondere stieg die Zahl der Syrer von 50000 im Jahr 2013 um 72 000 auf nahezu 123 000 im Jahr 2014. Ein Drittel aller Asylgesuche wurden in Deutschland eingereicht. Andere Länder mit hohen Antragsstellern sind Schweden (81 200 bzw. 13%), Italien (64 600 bzw. 10%), Frankreich (62 800 bzw. 10%) und Ungarn (42 800 bzw. 7%). Nahezu die Hälfte der erstinstanzlichen Entscheidungen fiel 2014 positiv aus. Mit 66300 Entscheidungen in erster Instanz, durch die der Schutzstatus gewahrt wurde waren Syrer die größte Gruppe, denen im Jahr 2014 in der EU den Schutzstatus zuerkannt wurde... [Fortsetzung](#)

Inflationsquote liegt bei -0,2% in der EU und bei -0,3% in der Eurozone



Nach einer Studie von Eurostat, die am 17. März veröffentlicht wurde, ist die Inflationsquote in der Eurozone im Februar 2015 verglichen mit Januar 2015 angestiegen. Betrug sie im Januar noch -0,6% waren es im Februar noch -0,3%. In der gesamten EU stieg die Inflationsrate im gleichen Zeitraum von -0,5% im Januar auf 0,2% im Februar. Im Februar 2014 lag die Inflationsrate noch bei 0,7%, im Januar 2014 waren es sogar noch 0,8%. Die niedrigsten Inflationsquoten wurden in Griechenland (-1,9%), in Bulgarien (-1,7%) und in Litauen (-1,5%) beobachtet. Die höchsten Quoten verzeichnete man dagegen in Schweden (0,7%), Malta (0,6%), Österreich (0,5%), Rumänien (0,4%) sowie in Italien (0,1%)... [Fortsetzung](#)

Beschäftigungsquote in der EU nimmt um 0,2% zu



Aus einer Studie von Eurostat, datiert auf den 17. März, geht hervor, dass die Beschäftigung in der Eurozone um 0,1% und um 0,2% in der gesamten EU im vierten Quartal von 2014 im Vergleich zum Vorquartal angestiegen ist. Verglichen mit dem vierten Quartal von 2013 nahm die Beschäftigung sogar um 0,9% beziehungsweise um 1,0% zu. Die Länder mit den stärksten Zuwächsen sind Spanien und Lettland (jeweils +0,7%) sowie Irland und die Slowakei (jeweils +0,6%). Im Gegenzug wurde ein Rückgang bei der Beschäftigung in Portugal (-1,4%), Zypern (-0,6%), Polen (-0,3%), Italien (-0,2%) und Malta (-0,1%) gemessen... [Fortsetzung](#)

Kultur :

Ausstellung zu Ehren von Pierre Bonnard im Musée d'Orsay



Das Musée d'Orsay präsentiert noch bis zum 19. Juli eine Retrospektive auf die gesamte Schaffensperiode von Pierre Bonnard. Als Zeitgenosse von Matisse gehörte der Maler einer Künstlergeneration an, die auf den Impressionismus folgte. Bonnard begeisterte sich für japanische Holzschnitte und lies sich von Gauguin inspirieren. Seine eigene Kunst enthält stark dekorative Merkmale und zeichnet sich durch eine lebendige und helle Farbkombination aus. Durch seinen feinsinnigen und instinktiven Umgang mit dem

Pinzel wurde Pierre Bonnard zu einem Maler der modernen Kunst und einem Vertreter der Landschaftsmalerei... [Fortsetzung](#)

Ausstellung "Chagall love and life"



Judaismus... [Fortsetzung](#)

Kunstmesse in Paris



Das Grand Palais von Paris zeigt vom 26. bis zum 29. März 2015 eine Ausstellung zur Kunst in Singapur und Südostasien. Begleitet wird sie von mehreren Konferenzen und Videovorstellung, die die Kuratorin Lola Lenzi - eine ausgewiesene Spezialistin für Südostasien - ausgesucht hat. Die neueste Ausgabe der "Paris Art Fair" fällt mit dem Beginn des "Singapore Art Festival" zusammen, das im Palais de Tokyo stattfindet und den sich zum 50. jährenden Unabhängigkeitstag Singapurs feiert... [Fortsetzung](#)

Agenda :



23. bis 26. März
Brüssel
Woche der Parlamentsausschüsse



24. und 25. März
Riga
Informelles Treffen des Rates für Auswärtige Angelegenheiten (Handel)



26. und 27. März
Riga
Informelles Treffen der für Wettbewerb zuständigen Minister

Der Newsletter ist auch in folgenden Sprachen erhältlich:



 Ich mag den Newsletter der Robert Schuman Stiftung

Die Redaktion des Newsletters :

Charles de Marcilly, Helen Levy ; Leslie Biaggi, Romain Denninger, Flora Dumont,
Noémie Rossi, Francesca Tortorella

Chefredakteur : Charles de Marcilly
Publikationschef : Pascale Joannin

Kontakt / Anmerkungen
info@robert-schuman.eu

Robert-Schuman-Stiftung wurde im Jahr 1991 als gemeinnützige Stiftung gegründet und ist nunmehr eines der bedeutendsten Forschungszentren Frankreichs zu Europa und den europäischen Politiken. Sie erstellt zahlreiche Studien zur Politik der Europäischen Union und publiziert diese außer in Frankreich auch im europäischen Ausland. Auch außerhalb Europas

informiert die Robert-Schuman-Stiftung regelmäßig über aktuelle politische Entwicklungen in Europa. Mit ihren Recherchen, Veröffentlichungen und Veranstaltungen regt die Robert-Schuman-Stiftung immer wieder zur öffentlichen Debatte europäischer Themen an und bereichert diese zusätzlich durch ihr Engagement und zahlreiche wissenschaftliche Beiträge. Stiftungspräsident : Jean-Dominique Giuliani.

Wollen Sie diesen Newsletter abbestellen? [{LINK}](#)